



# Standpunkte.

Bericht aus Berlin | Ausgabe: 27. März 2026 |

Mit Herz und Leidenschaft für Hochtaunus & Oberlahn

Sehr geehrte Damen und Herren,

die internationale Lage bleibt auch in dieser Sitzungswoche angespannt. Die Entwicklungen im Nahen und Mittleren Osten sorgen weiterhin für große Unsicherheit – nicht zuletzt durch die anhaltende Blockade der Straße von Hormus. Die Folgen sind auch bei uns deutlich spürbar: Hohe Energiepreise und steigende Lebenshaltungskosten belasten viele Bürgerinnen und Bürger sowie unsere Wirtschaft.

Im Deutschen Bundestag stand zudem die Regierungsbefragung von Bundeskanzler Friedrich Merz im Mittelpunkt. In der Debatte wurde deutlich, wie komplex die aktuellen Herausforderungen sind: von der sicherheitspolitischen Lage über wirtschaftliche Fragen bis hin zur Energieversorgung.

Vor diesem Hintergrund hat sich der Koalitionsausschuss am vergangenen Wochenende intensiv mit kurzfristigen Entlastungen und langfristigen Reformen befasst. Ein zentrales Ergebnis ist die temporäre Absenkung der Energiesteuer auf Benzin und Diesel, um Verbraucher und Unternehmen schnell zu entlasten.

Ergänzend wurde die Möglichkeit geschaffen, Beschäftigten steuer- und abgabefreie Sonderzahlungen zukommen zu lassen. Damit reagieren wir konkret auf die aktuellen Belastungen und schaffen spürbare Entlastung im Alltag.

Gleichzeitig wurden wichtige Weichenstellungen für die Zukunft unseres Wirtschaftsstandorts vorgenommen. Klar ist: Angesichts der aktuellen wirtschaftlichen Herausforderungen braucht es strukturelle Reformen – etwa im Bereich Arbeitsmarkt, soziale Sicherung und Steuern. Die entsprechenden Beratungen werden in den kommenden Wochen fortgesetzt. Auch die finanzielle Stabilität der gesetzlichen Krankenversicherung sowie die Aufstellung des Bundeshaushalts stehen dabei im Fokus.

Neben diesen wirtschafts- und finanzpolitischen Fragen bleibt auch die europäische Perspektive zentral. Die politische Entwicklung in Ungarn und das klare Votum für eine bürgerliche Politik senden ein ermutigendes Signal für Europa und zeigen, dass demokratische Kräfte weiterhin überzeugen können.

Herzliche Grüße,  
Ihr Markus Koob



## Schwerpunkte dieser Ausgabe

- **Energiesteuer gesenkt – Entlastung an der Zapfsäule**
- **Neue Regeln für faire Kredite**
- **Parlamentarisches Frühstück mit Südafrikas Außenminister**

## Energiesteuer gesenkt – Entlastung an der Zapfsäule

**A**ngesichts der weiterhin hohen Kraftstoffpreise hat der Deutsche Bundestag in dieser Woche eine temporäre Reduzierung der Energiesteuer auf Benzin und Diesel auf den Weg gebracht. Ziel ist es, Verbraucherinnen und Verbraucher sowie Unternehmen kurzfristig spürbar zu entlasten. Die Absenkung ist zunächst auf zwei Monate befristet und führt zu einer Preisreduzierung von rund 17 Cent pro Liter.

Die Maßnahme erfolgt vor dem Hintergrund anhaltender internationaler Spannungen, die sich unmittelbar auf die Energiepreise auswirken. Gerade für Pendler, Handwerksbetriebe, Logistikunternehmen und viele weitere Branchen bedeutet dies eine dringend notwendige Unterstützung im Alltag.

Flankierend wurden bereits in der vergangenen Sitzungswoche die Befugnisse des Bundeskartellamts deutlich gestärkt, um Preisentwicklungen im Kraftstoffmarkt genauer zu prüfen und möglichen Wettbewerbsverzerrungen konsequenter entgegenzutreten. Erste Prüfungen laufen bereits. Ziel ist es, sicherzustellen, dass Preisenkungen auch tatsächlich bei den Verbraucherinnen und Verbrauchern ankommen und nicht durch marktbeherrschende Strukturen abgeschwächt werden.

Mit der Kombination aus steuerlicher Entlastung und verstärkter Marktaufsicht reagiert die Politik sowohl kurzfristig als auch strukturell auf die aktuelle Situation.

***Standpunkt:** Die hohen Spritpreise sind für viele Menschen eine echte Belastung – und sie treffen insbesondere diejenigen, die auf das Auto angewiesen sind. Deshalb ist es richtig, kurzfristig für Entlastung zu sorgen und die finanziellen Spielräume der Bürgerinnen und Bürger zu stärken.*

*Gleichzeitig darf Entlastung nicht ins Leere laufen. Entscheidend ist, dass sie auch tatsächlich bei den Menschen ankommt. Genau deshalb ist die Stärkung der Kartellaufsicht ein zentraler Baustein: Märkte müssen funktionieren, Wettbewerb muss gewährleistet sein, und mögliche Missbrauchsfälle müssen konsequent aufgeklärt werden.*

*Für uns als CDU/CSU-Fraktion gilt: Entlastung und Ordnung gehören zusammen. Wir helfen dort, wo Belastungen entstehen – und sorgen zugleich dafür, dass die Regeln des Marktes eingehalten werden. Nur so schaffen wir Vertrauen und sichern langfristig faire Bedingungen für Verbraucher und Wirtschaft. •*

## Neue Regeln für faire Kredite.

**D**er Deutsche Bundestag hat in dieser Woche die Umsetzung der europäischen Verbraucherkreditrichtlinie beschlossen. Ziel ist es, Verbraucherinnen und Verbraucher bei Kreditverträgen besser zu schützen und gleichzeitig klare und verlässliche

Rahmenbedingungen für Anbieter zu schaffen.

Künftig gelten strengere Vorgaben für Transparenz und Information bei Kreditangeboten. Kosten, Laufzeiten und Risiken müssen verständlicher dargestellt werden, sodass Verbraucher fundierte Entscheidungen treffen können. Besonders im Fokus stehen dabei neue Finanzierungsformen wie „Buy now, pay later“-Modelle, die künftig stärker reguliert werden.

Ein weiterer zentraler Punkt ist die verschärfte Kreditwürdigkeitsprüfung. Anbieter sind verpflichtet, die finanzielle Leistungsfähigkeit von Kreditnehmern sorgfältiger zu prüfen, um Überschuldung zu vermeiden. Gleichzeitig bleibt der Kreditmarkt funktionsfähig, indem bewährte Zahlungsformen wie der Kauf auf Rechnung weiterhin möglich bleiben.

Mit der Reform wird der Verbraucherschutz gestärkt und zugleich ein moderner, verlässlicher Rahmen für Kreditvergabe im Alltag geschaffen.

**Standpunkt:** *Kredite gehören für viele Menschen zum Alltag – sei es beim Onlinekauf, bei größeren Anschaffungen oder zur Finanzierung wichtiger Investitionen. Umso wichtiger ist es, dass Verbraucherinnen und Verbraucher vor unklaren Bedingungen und finanziellen Risiken geschützt werden.*

*Die Umsetzung der Verbraucherkreditrichtlinie ist deshalb ein wichtiger Schritt hin zu mehr Transparenz und Verantwortung im Kreditmarkt. Wer einen Kredit aufnimmt, muss wissen, worauf er sich einlässt.*

*Gleichzeitig müssen Anbieter sicherstellen, dass Kredite nur dort vergeben werden, wo sie auch tragfähig sind.*

*Für uns als CDU/CSU-Fraktion gilt: Ein funktionierender Kreditmarkt braucht klare Regeln. Verbraucherschutz und wirtschaftliche Dynamik dürfen dabei kein Widerspruch sein – sie müssen sich sinnvoll ergänzen. Die neuen Regelungen schaffen genau diese Balance. •*

## Eine starke Infrastruktur für die digitale Zukunft.

**I**n dieser Sitzungswoche hat sich der Deutsche Bundestag mit der nationalen Rechenzentrumsstrategie befasst und damit einen wichtigen Schritt zur Stärkung der digitalen Infrastruktur in Deutschland eingeleitet. Ziel ist es, die Kapazitäten für Datenverarbeitung und digitale Anwendungen deutlich auszubauen und Deutschland als attraktiven Standort für Rechenzentren zu positionieren.

Konkret sollen die Rechenkapazitäten bis 2030 deutlich erhöht werden – insbesondere im Bereich von Künstlicher Intelligenz und Hochleistungsrechnern. Damit reagiert die Bundesregierung auf den wachsenden Bedarf an Datenverarbeitung in Wirtschaft, Forschung und Verwaltung.

Ein Schwerpunkt liegt auf der Verbesserung der Standortbedingungen. Genehmigungsverfahren sollen beschleunigt, Investitionen erleichtert und die Beteiligung von Kommunen an wirtschaftlichen Erträgen gestärkt werden.

Gleichzeitig spielt die Energieversorgung eine zentrale Rolle: Rechenzentren sollen stärker auf erneuerbare Energien setzen und entstehende Abwärme effizient nutzen.

Mit der Strategie verfolgt die Bundesregierung das Ziel, die digitale Souveränität Deutschlands und Europas zu stärken und Abhängigkeiten von außereuropäischen Anbietern zu reduzieren.

**Standpunkt:** *Daten sind der Rohstoff des 21. Jahrhunderts. Wer über leistungsfähige digitale Infrastruktur verfügt, sichert sich wirtschaftliche Stärke, Innovationskraft und technologische Unabhängigkeit.*

*Die nationale Rechenzentrumsstrategie ist daher ein wichtiger Schritt, um Deutschland im internationalen Wettbewerb besser aufzustellen. Entscheidend ist dabei, Investitionen zu ermöglichen und bürokratische Hürden abzubauen, ohne die Nachhaltigkeit aus dem Blick zu verlieren.*

*Für uns als CDU/CSU-Fraktion gilt: Digitalisierung braucht klare Rahmenbedingungen, Planungssicherheit und Tempo. Nur so können wir Innovationen fördern, Unternehmen stärken und gleichzeitig unsere digitale Souveränität sichern. •*

## Parlamentarisches Frühstück mit Südafrikas Außenminister.

**A**m Rande der Sitzungswoche durfte ich als Schirmherr ein parlamentarisches Frühstück mit dem südafrikanischen Außenminister Ronald Lamola im Deutschen Bundestag ausrichten. Gemeinsam mit zahlreichen Kolleginnen und Kollegen aus verschiedenen Fraktionen fand ein intensiver und offener Austausch über die deutsch-südafrikanischen Beziehungen statt.



Südafrika ist für Deutschland ein zentraler Partner auf dem afrikanischen Kontinent – politisch, wirtschaftlich und strategisch. Entsprechend breit war das Spektrum der Gesprächsthemen:

Im Mittelpunkt standen aktuelle geopolitische Entwicklungen, die Zukunft der multilateralen Ordnung sowie Fragen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und Investitionen.

Dabei wurde auch deutlich, dass es in einzelnen Punkten unterschiedliche Auffassungen gibt. Gerade in einer partnerschaftlichen Beziehung ist das jedoch kein Hindernis, sondern Teil eines ehrlichen und konstruktiven Dialogs. Entscheidend ist, dass wir im Gespräch bleiben, Perspektiven austauschen und gemeinsam nach Lösungen suchen.

Mein besonderer Dank gilt der Deutsche Afrika Stiftung für die hervorragende Organisation der Veranstaltung gemeinsam mit meinem Büro.

Der Austausch hat einmal mehr gezeigt, welches Potenzial in der Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Südafrika liegt – und wie wichtig es ist, diese Partnerschaft aktiv weiterzuentwickeln. •

## Strategischer Blick auf Nigeria im Bundestag.

**I**n dieser Woche habe ich im Arbeitskreis Afrika der CDU/CSU-Bundestagsfraktion einen vertieften Austausch zur aktuellen Lage in Nigeria geleitet. Im Mittelpunkt stand dabei ein „Deep Dive“ in eines der wichtigsten Länder des afrikanischen Kontinents – politisch, wirtschaftlich und strategisch.

Als bevölkerungsreichstes Land Afrikas und eine der größten Volkswirtschaften der Region kommt Nigeria eine zentrale Rolle für die Stabilität in Westafrika zu. Entwicklungen vor Ort haben unmittelbare Auswirkungen auf Fragen der Sicherheit, wirtschaftlichen Dynamik und Migration. Gleichzeitig bietet das Land große Potenziale für eine intensivere Zusammenarbeit mit Deutschland – insbesondere in den Bereichen Handel, Investitionen und Energie

Für unseren Austausch konnten wir mit Jeremy Gaines einen ausgewiesenen Nigeria-Experten gewinnen. Als Senior Policy Fellow beim Center for Global Development bringt er langjährige Erfahrung und fundierte Analysen zu politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen in der Region ein.

Seine Einschätzungen haben wichtige Impulse für die Bewertung der aktuellen Lage sowie für mögliche Ansatzpunkte deutscher Afrikapolitik geliefert

Die Diskussion hat deutlich gemacht: Nigeria ist ein Land mit großen Chancen, aber auch mit komplexen Herausforderungen. Umso wichtiger ist es, Entwicklungen differenziert zu betrachten und politische Entscheidungen auf einer fundierten Grundlage zu treffen.

Ich danke Jeremy Gaines für seinen wertvollen Beitrag und allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern für die engagierte Diskussion. Solche vertieften Formate sind ein wichtiger Baustein, um unsere Afrikapolitik strategisch weiterzuentwickeln. •

Die gute Nachricht der Woche  
**Wahl in Ungarn eröffnet  
Chancen und stärkt Europa.**

**E**in starkes Signal aus Europa: Die Parlamentswahl in Ungarn hat gezeigt, dass sich eine klare Mehrheit der Wählerinnen und Wähler für einen pro-europäischen und bürgerlichen Kurs entschieden hat. Damit eröffnet sich die Chance auf einen politischen Neuanfang und eine Rückkehr zu einer engeren Zusammenarbeit innerhalb der Europäischen Union.

Die Wahl steht für mehr als einen Regierungswechsel. Sie ist Ausdruck des Wunsches vieler Menschen nach Rechtsstaatlichkeit, verlässlicher Politik und einer klaren europäischen Orientierung. Gerade in einer Zeit, in der Europa vor großen Herausforderungen steht, ist ein solcher Impuls von großer Bedeutung.

Für die Europäische Union insgesamt bedeutet das Ergebnis die Möglichkeit, bestehende Spannungen zu überwinden und gemeinsame Lösungen wieder stärker in den Mittelpunkt zu rücken. Eine konstruktive Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten ist entscheidend, um wirtschaftliche Stabilität, Sicherheit und politischen Zusammenhalt zu gewährleisten.

Die Entwicklung in Ungarn zeigt: Demokratische Prozesse funktionieren – und sie können den Weg für eine stärkere, geeinte und handlungsfähige Europäische Union ebnen. •